

## Offene Fragen der Geschichte Band 8

### Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,  
Volksaufstand im Juni 1953,  
Deutsches Wirtschaftswunder,  
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,  
Bau der Berliner Mauer,  
Internationale Kubakrise,  
Vietnamkrieg 1965-1975,  
68er Bewegung,  
Ratifizierung der Ostverträge,  
Unbewältigte Vergangenheit ...

### Band 8/018

### Chronik vom 3. November 1964 bis zum 18. November 1965

#### 03.11.1964

**USA:** Lyndon B. Johnson (1908-1973, Parteimitglied der "Demokraten") wird am 3. November 1964 zum 36. Präsidenten der USA gewählt.

#### 27.11.1964

**BRD:** Willy Brandt erklärt in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

#### 1964

**BRD:** In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mittleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1964 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa (x059/106-108): >>... Schon im Herbst 1944 flohen viele Deutsche aus Ostpreußen und Schlesien nach Westen. Ihnen folgte seit dem Mai 1945 der Strom der Vertriebenen, denen ein folgenschwerer Beschluß der Sieger die Heimat geraubt hatte.

Im Potsdamer Abkommen steht zu lesen: "Die Aussiedlung soll in geordneter und menschlicher Weise geschehen. ...

Innerhalb eines Jahres wurden 12 Millionen Menschen über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Es war die größte Völkerwanderung der Geschichte. Hinter sich zurück ließen die Vertriebenen ihre Heimat. Sollte sie verloren sein, auf immer verloren?

Massentransport auf Massentransport rollten aus dem Osten heran: Schlesier, Ostpreußen, Pommern, Sudetendeutsche, Deutsche aus Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien.

In aller Eile wurden Barackenlager errichtet, denn es gab in den zerbombten Städten kein Obdach für die Vertriebenen. ... Es fehlte an Betten, es fehlte an Kleidung, es gab weder Hausrat noch Medikamente.<<

**USA:** US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 Präsident der USA) erklärt im Jahre 1964 die Ziele des Bürgerrechtsgesetzes – Aufhebung der Rassentrennung - (x073/292): >>... Das Ziel dieses Gesetzes ist klar und einfach. Die Freiheit keines Amerika-

ners wird eingeschränkt, solange er die Rechte anderer respektiert. Keiner unserer Mitbürger erfährt durch dieses Gesetz eine besondere Behandlung. Es bestimmt, daß jene, die vor Gott gleich sind, nun auch an der Wahlurne, in den Klassenzimmern und in den Fabriken sowie in Hotels, Restaurants, Lichtspieltheatern und anderen Plätzen, die der Öffentlichkeit dienen, gleich sind.<<

Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schreibt im Jahre 1964 in seinem Buch "Warum wir nicht warten können" (x058/199-200): >>... Der Neger kämpft heute nicht um irgendwelche abstrakten, unbestimmten Rechte, sondern um eine konkrete und sofortige Verbesserung seiner Lebensbedingungen.

Was nutzt es ihm, daß er seine Kinder in eine integrierte Gemeinschaftsschule schicken kann, wenn das Einkommen der Familie so gering ist, daß es nicht für den Kauf von Schulkleidern ausreicht?

Was gewinnt er durch die Erlaubnis, in jedes beliebige Wohnviertel ziehen zu dürfen, wenn er sich das nicht leisten kann, weil er arbeitslos ist oder eine schlechtbezahlte Stelle ohne Zukunft hat? ...

Welche Vorteile bringt es dem Neger, wenn er durchsetzt, daß er in Hotels und Restaurants ohne Ansehen seiner Hautfarbe bedient wird, wenn er zu einer finanziellen Knechtschaft gezwungen ist, die es ihm nicht erlaubt, Urlaub zu nehmen oder auch nur seine Frau zum Abendessen auszuführen?

Die Neger sollen nicht nur das Recht haben, von jeder Einrichtung Gebrauch zu machen, die dem Publikum zugänglich ist, sondern sie sind auch auf solche Weise in unser Wirtschaftssystem einzugliedern, daß sie es sich leisten können, dieses Recht praktisch auszuüben. Der Kampf um diese Rechte ist im Grunde ein Kampf um gleiche Voraussetzungen. ...

Es muß also mit den gleichen Chancen auch die praktische, wirklichkeitsnahe Hilfe kommen, die es ihm ermöglicht, diese Chancen wahrzunehmen. Denn es ist ein grausamer Scherz, einem Menschen, der nicht gehen gelernt hat, ein Paar Schuhe zu schenken. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Robert F. Williams (1925-1996, hält Martin Luther Kings gemäßigte Politik für falsch und wirbt deshalb für die "Gegengewalt") fordert 1964 im Pekinger Exil zur bewaffneten Revolution der Afro-Amerikaner auf (x299/185-186): >>... Die alte Methode des Guerillakriegs, der von den Bergen und dem flachen Land aus vorgetragen wurde, bliebe in einem Land wie den Vereinigten Staaten wirkungslos. ...

Die neue Strategie: ... Während tags nur einige Heckenschützen tätig werden, bringt die Nacht den vollen Kriegszustand, organisierten Kampf und unbegrenzten Terror.

Ein derartiger Krieg kann dem herrschenden Gesellschaftssystem in den Vereinigten Staaten in weniger als 90 Tagen ein Ende setzen. ... Eine präzise geplante Großstadtguerilla (ist) die einzige Chance für das Überleben und die Befreiung der Schwarzen in den Vereinigten Staaten.<<

Mel Thom (1938 geboren, ein Gründer der National Indian Youth Council) berichtet im Jahre 1964 über das gespannte Verhältnis zwischen den nordamerikanischen Ureinwohnern und den "weißen Einwanderern" (x056/127): >>Wir sind das einzige Volk, daß der amerikanische Schmelztiegel nicht verschmelzen kann.

Wir sind die einzigen in der amerikanischen Nation, die nicht als Flüchtlinge hierher gekommen sind ... und wenn wir auch wieder und wieder geschlagen wurden, auf Dauer kann man uns nicht besiegen.

Amerika ist eine wurzellose Nation von Einwanderern; ... wir sind die ursprünglichen Amerikaner ...<<

1965

Warum gibt es im real existierenden Sozialismus so viele Witze?

Weil niemand ihn ernst nimmt.

*Flüsterwitz in der DDR*

27.01.1965

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/1965) schreibt am 27. Januar 1965 über den Bericht "Eichmann-Prozeß in Jerusalem" von Hannah Arendt (1906-1975): >>**Eichmann in Jerusalem**

... Hannah Arendt, vor der Nazi-Herrschaft in Deutschland promoviert, wurde von einer amerikanischen Zeitschrift nach Jerusalem geschickt. Ihr kommentierender Bericht über den Eichmann-Prozeß kam nahezu zwei Jahre nach seinem Erscheinen im "New Yorker" in deutscher Übersetzung heraus.

In einem Fernsehinterview hat Frau Arendt über 1933 gesagt: "Das persönliche Problem war doch nicht etwa, was unsere Feinde taten, sondern was unsere Freunde taten ... das war, als ob sich ein leerer Raum um einen bildete ... Und ich konnte feststellen, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung sozusagen die Regel war. Aber unter den anderen nicht." Und: "Ich war natürlich nicht der Meinung, daß deutsche Juden und deutschjüdische Intellektuelle, wenn sie in einer anderen Situation gewesen wären, ... sich wesentlich anders verhalten hätten".

Das klingt sehr kalt, aber man muß im Versuch, zu verstehen, was in einem Menschen vorgeht, nicht sehr tief dringen, um auf den Schmerz zu treffen über die Schwäche, die Hinfälligkeit der liebenswerten Seiten, wenn ein kalter Wind von den öffentlichen Plätzen zu wehen beginnt. Zuweilen steigert sich Hannah Arendts Affektkontrolle zur hochmütigen Geste.

Nicht wenige der Kritiker des Eichmannbuches halten offenbar die Autorin für eine eitle, originalitätssüchtige Person, was ihnen angesichts des Gegenstandes, den sie behandelt, quälend peinlich erscheint. Liest man die 25 Kritiken des Buches, die in dem Band "Die Kontroverse - Hannah Arendt, Eichmann und die Juden" gesammelt sind, so zeigt die Mehrheit diese irritierte Haltung. Das Buch hat also sein Schicksal gehabt. Es bleibt einem keine Wahl: Man ist zur Parteinahme gezwungen. Ich erkläre mich dafür.

Trotzdem scheint mir die Erregung der jüdischen Kritiker verständlich genug; sie brauchen sich nicht zu schämen, daß sie nach dem Mord an Millionen wehrlosen Menschen ihres Volkes nicht zur Tagesordnung übergehen wollen. Aber wie lange kann der Historiker mit seiner Bestandsaufnahme warten? Wenn wir die schwache Hoffnung einräumen, daß wir aus der Geschichte - hinsichtlich unserer Triebnatur - etwas lernen könnten, muß diese Hoffnung sich an die unentrinnbare Frage nach den Gründen knüpfen.

Das ist kein gefälliges Amt, und Frau Arendt ist vermutlich nicht das, was man eine verbindliche Natur nennt. Das Unheil aber, je uferloser es war, gibt zu wenig von den Antriebskräften, den Widerständen, den lokalen Bedingungen preis, in denen es sich vollzog. Und wer sagt uns, daß es nicht nur ruht, wie die großen Seuchen ruhten bis zum nächsten Ausbruch? Es schreibt sich leicht, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung die Regel war. Wissen wir eigentlich, was da vor sich geht?

Das Entsetzen über die Befähigung des Menschen, seinesgleichen zu Millionen umzubringen, macht uns fassungslos. Daß andere Millionen unbeschwert den Schlaf fanden, als man ihre jüdischen Mitbürger auf den Lastwagen abholte, ist das eigentlich zu verstehen? Warum sind wir nicht zu Tausenden ins Gefängnis gegangen, um die Deportationen zu verhindern?

Kein Gefühl allein kann uns die Fragen beantworten. Nur die beharrliche kritische Selbstbetrachtung. Ich mißtraue einer Geschichtsschreibung, die sich solche Fragen nicht stellt, und die warten wollte, bis die letzten lebenden Zeugen ihren Schmerz und ihr Wissen ins Grab genommen haben. Wartet sie, dann kann sie die Fragen zwar stellen, aber kaum noch beant-

worten.

Hannah Arendts Berichterstattung ist mit provozierender Absicht unpathetisch; sie nimmt sich die Freiheit, sich auch in einen Angeklagten einzufühlen, den die Staatsanwälte zum Monstrum aufzubauchen sich bemühten, während doch das Monströse im "Apparat" zu suchen war, der Menschen frißt, als handle es sich dabei um Transportprobleme; der, immun für Witz und Aberwitz, jeden Privatwahn Hitlers, Himmlers, Heydrichs in die Tat umzusetzen gestattete.

Die Einfühlung, welche die Autorin übt, fördert, besser als jedes Pathos, die "Tatsachenwahrheit" zutage. Eichmann war kein Haupttäter, aber er war trotzdem beispielhaft: "Er hat sich niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte."

Diese "schiere Gedankenlosigkeit" und absolute Unfähigkeit, die Dinge einmal von der Seite des anderen zu sehen, hat er während des Prozesses immer wieder gezeigt: eine unheimliche Unfähigkeit zu jeder Form der Dialektik, zum Erfassen von Alternativen und damit zum Erfassen dessen, was Freiheit meint.

Je weiter man den Bericht liest, desto mehr wird dieser Verlust der Fähigkeit, Mitgefühl mit den zu Planziffern gewordenen Juden haben zu können, ein Problem ersten Ranges, für die Menschenkunde. Die Opfer werden gleichzeitig entmenschlicht und entwirklicht.

Nicht irgendwelche sadistischen Urmotive, sondern diese vorstellungslose Achtlosigkeit ließ Eichmann zu einem Verwaltungsmassenmörder werden. Auf jener berüchtigten "Wannseekonferenz" im Jahre 1942, als die "Endlösung" vorangetrieben wurde, begegnet man ihr wieder: Die Generäle zeigten eine "überraschend gute Haltung", das heißt, sie liehen oft den Einsatzkommandos der SS ihre eigenen Soldaten, damit sie bei den Massakern assistierten. Und wie war es mit der deutschen Industrie, die sich in der Nähe von Auschwitz ansiedelte? "Die Arbeitsbedingungen waren so schlecht, daß die Absicht, durch Arbeit zu töten, klar zu erkennen war." Der Kommandant Höß des Konzentrationslagers berichtete von den "besten gesellschaftlichen Beziehungen zu den Vertretern der IG-Farbenwerke".

Wir haben eigentlich wenig Grund, an Eichmanns Selbstverteidigung Kritik zu üben, wenn er sagte, nichts habe "so wirksam zur Beruhigung seines Gewissens beigetragen wie die schlichte Tatsache, daß er weit und breit absolut niemanden entdecken konnte, der wirklich gegen die 'Endlösung' gewesen wäre".

Wie soll man nach solchem Absterben der Mitleidensfähigkeit und nach der administrativen Austilgung durch die Ideologie entmenschlichter Mitmenschen sein lebensnotwendiges Selbstgefühl wiederherstellen? Wir haben es vornehmlich auf zwei Wegen geschafft: durch Ungeschehenmachen - die Trümmer sind durch Neubauten ersetzt, die zumeist überhaupt nicht mehr verraten, was zuvor am gleichen Ort stand; und durch Verleugnung. Das heißt, die peinlichen Erinnerungen werden aus dem Gedächtnis abgeschaltet. Mit anderen Worten: Bewältigung der Vergangenheit könnte nur durch eine Veränderung des Selbstgefühls geschehen.

Da die Autorin sich jede idealisierende Ausschweifung verbietet, kommt an Eichmann das Banal-Durchschnittliche, und kommt an den Verfolgten heraus, daß auch sie Menschen waren, entsetzlich geängstigte und verlassene Menschen, und daß man Menschen erniedrigen kann. Nicht als ob das Aufzeigen der Seiten, welche die idealisierenden oder verteufelnden Klischees nicht sehen wollen, die Front von Recht und Unrecht verwischen könnte; es gehört zur Anstrengung des Verstehens der Tatsachen. Es ist ein Stück der Naturtreue.

Im Rückblick auf das Inferno, das die europäischen Juden durchgemacht haben, bedarf es der größten Selbstdisziplin der Autorin, um die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes zu sehen, anzuerkennen und als "Tatsachenwahrheit" hinzunehmen. Unter anderem schneiden in Arendts Buch einige bedeutsame Männer, die ins Klischee uneingeschränkter, quasi schattenloser Humanität geraten sind, schlechter ab, als ihr "Image" es zu-

läßt. Mir scheint, sie verlieren nichts dabei; sie rücken uns wieder näher, werden wahrscheinlicher.

Hannah Arendt vertritt die These, die Verluste der Juden, hätten sie sich nicht den Anordnungen der von den Nazis eingesetzten Judenräte gefügt, wären möglicherweise bei weitem nicht so hoch gewesen. Denn die Judenräte dienten den Nazis dazu, die verwaltungstechnischen Aufgaben der "Endlösung" zu vollbringen.

Macht man sich von dem verborgen weiterwirkenden Diktat des Rassendenkens frei, so ist es klar, daß die Juden natürlich in erster Linie von preußisch-deutschen und habsburgischen Herrschaftsverhältnissen und nur zu einem geringen Teil von ihrem religiösen Kult bestimmte Menschen waren. Wieso sollten eigentlich die deutschen Juden weniger obrigkeitstreu gewesen sein als die übrigen Deutschen? Wieso sollten sie nach langer Emanzipationsphase und Assimilation auf das Hereinbrechen einer Katastrophe (die unter anderem im Seelischen zur "schieren Gedankenlosigkeit" führte) besser gerüstet gewesen sein, als es zum Beispiel die deutschen Parteien oder die christlichen Kirchen und ihre Führer waren?

Wir müssen diese Wirklichkeit in immer neuen Anstrengungen durchdenken, um zu verstehen, zum Beispiel, daß der moderne Verwaltungsstaat die Mittel hat, jede Gruppe der Bevölkerung bis zur äußersten Perversion ihrer eigenen Interessen zu erniedrigen und sich selbst zu entfremden.

Durch die pathetisch fehlgelenkte Anklage des Staatsanwalts Hausner ging vieles, was hätte behandelt werden sollen, unter. Der Jerusalemer Prozeß habe, so meint Frau Arendt, der Welt nicht im wahren Ausmaß "die Totalität des moralischen Zusammenbruches, ... den die Nazis in allen, vor allem auch den höheren Schichten der Gesellschaft ganz Europas verursacht haben - nicht allein in Deutschland -", vor Augen geführt.

Angesichts der lückenlosen Vernichtungsmaschinerie nimmt sich Herrn Hausners Frage an die Zeugen: "Warum habt ihr nicht rebelliert?" wie eine sinnlose und grausame Frage aus. Es liegt nahe zu denken, daß sie der Vernebelung einer anderen, angemesseneren dienen mußte, die, wie Hannah Arendt feststellt, an die jüdischen Führer nicht gestellt wurde: "Warum habt ihr die Mitarbeit an der Zerstörung eures eigenen Volkes und letztlich an eurem eigenen Untergang nicht verweigert?" Und diese Frage ist sehr viel schwerer zu beantworten als die, warum kein jüdischer Volksaufstand, der sich in unserem Lande jedenfalls auf keine Verbündeten hätte stützen können, stattgefunden hat.

Der Prozeß hat dazu noch, meint Hannah Arendt, sorgfältig vermieden, "die nahezu allseitige Verstrickung des deutschen gegenwärtigen öffentlichen Lebens, weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, in Geschäfte und Handlungen, die mehr oder weniger direkt mit der Judenausrottung zu tun hatten, auch nur zu berühren".

Und es muß uns immerhin zu denken geben, daß selbst unter den deutschen Widerstandskämpfern seltsame Vorstellungen herrschten. So wollte etwa Goerdeler "die deutschen Juden für ihre Verluste und Mißhandlungen entschädigen", er schlug aber - und dies im Jahre 1942 - eine "Dauerlösung" vor, die sie aus der "unwürdigen Stellung eines mehr oder weniger unerwünschten 'Gastvolkes' in den Ländern Europas erlösen" sollte. Er dachte an einen selbständigen Judenstaat in Kanada oder in Südamerika. Eichmanns Lieblingsidee war ein solcher Staat auf Madagaskar.

"Eichmann in Jerusalem" ist ein überaus unbequemes Buch. Für einen jüngeren Leser, der die Geschichte besser verstehen möchte, in welche die Väter verstrickt waren, scheint es mir ein vorerst unersetzliches Übungsbuch zu sein, ein Leitfadensystem, wie man es vermeidet, sich zwischen geschichtlichen Suggestionen zu verirren, durch die man Beruhigung, aber wenig Belehrung erfährt.

Hannah Arendt ist in einem von Emotionen besetzten Bereich um die Rekonstruktion der Zusammenhänge bemüht, um der Einsicht willen, die - vielleicht - vernünftigeres Handeln erlau-

ben wird. Sie berichtet nicht nur, was von jener Wirklichkeit zutage kam, in der Eichmann operierte, sondern ebenso von der anderen Wirklichkeit, in welcher der Prozeß stattfand.

Wer nachlesen will, welche Irrtümer der Autorin vorgehalten werden, der lese "Die Kontroverse". Diese Lektüre wird ihm dann zugleich beweisen, wie außerordentlich schwer es ist, der Geschichte Erkenntnis abzugewinnen. Hannah Arendt scheint mir hier ihren Kritikern gegenüber entschieden im Vorsprung, trotz ihrer gelegentlichen kerndeutschen Neigung, niemanden beim Erteilen von Zensuren auszulassen.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Hannah Arendt (x169/18-22): >>... Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den späten sechziger Jahren rührten nur eine Handvoll Bücher und Filme an das Thema. In den USA wurde nur ein Hochschulseminar zu diesem Gegenstand angeboten. Als Hannah Arendt 1963 *Eichmann in Jerusalem* veröffentlichte, konnte sie sich nur auf zwei wissenschaftliche Untersuchungen in englischer Sprache beziehen - Gerald Reitlingers *Die Endlösung* und Raul Hilbergs *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Hilbergs Meisterwerk schaffte es nur knapp, das Licht der Welt zu erblicken.

Sein Doktorvater an der Columbia University, der deutsch-jüdische Sozialtheoretiker Franz Neumann, riet ihm dringend ab, über das Thema zu schreiben ("Das wird Ihre Beerdigung"), und kein Herausgeber eines Universitäts- oder eines Publikumsverlags wollte mit dem vollendeten Manuskript zu tun haben. Als *Die Vernichtung der europäischen Juden* schließlich veröffentlicht wurde, erhielt es nur wenige, zumeist kritische Besprechungen.

Nicht nur die Amerikaner im allgemeinen, sondern auch die jüdischen Intellektuellen schenken der "Massenvernichtung" der Juden durch die Nazis wenig Beachtung. In einer maßgeblichen Untersuchung von 1957 berichtete der Soziologe Nathan Glazer, daß die Endlösung der Nazis (wie auch der Staat Israel) "bemerkenswert geringe Auswirkungen auf das Seelenleben der amerikanischen Juden hatte".

Bei einem Symposium zum Thema "Judentum und die jüngeren Intellektuellen", das die Zeitschrift *Commentary* 1961 veranstaltete, betonten nur zwei von einunddreißig Rednern ihre Bedeutung. In einer Gesprächsrunde zum Thema "Mein jüdisches Selbstverständnis", zu der die Zeitschrift *Judaism* im Jahr 1961 einundzwanzig gläubige Juden eingeladen hatte, wurde das Thema ebenfalls fast vollständig außer Acht gelassen.

In den Vereinigten Staaten gab es keine Denkmäler oder Gedenkfeiern, um angesichts der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ein Zeichen zu setzen. Im Gegenteil, wichtige jüdische Organisationen widersetzten sich einem solchen Gedenken. Es fragt sich nur, warum?

Der gängigen Erklärung zufolge waren die Juden wegen der Massenvernichtung durch die Nazis traumatisiert, weshalb sie die Erinnerung daran unterdrückten. Doch in Wahrheit gibt es keinen Beleg, der diesen Schluß stützen würde. Zweifellos wollten manche Überlebende damals (und auch in späteren Jahren) nicht über das sprechen, was geschehen war. Viele andere jedoch wünschten sich sehr, darüber zu reden, und wollten, sobald sich eine Gelegenheit ergab, gar nicht mehr damit aufhören. Das Problem lag darin, daß die Amerikaner nicht zuhören wollten.

Der wahre Grund für das öffentliche Schweigen über die Vernichtung durch die Nazis liegt in der konformistischen Politik der Führung der amerikanischen Juden und im politischen Klima im Amerika der Nachkriegszeit. In innen- wie außenpolitischen Angelegenheiten gingen die jüdischen Eliten Amerikas konform mit der offiziellen Politik der USA.

Das machte es leichter, die überlieferten Ziele wie Assimilation und Zugang zur Macht zu erreichen. Mit Beginn des Kalten Krieges stürzten die Organisationen des jüdischen Mainstream sich in den Kampf. Die jüdischen Eliten Amerikas "vergaßen" die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis, weil Deutschland - seit 1949 Westdeutschland - zu einem ent-

scheidenden Nachkriegsverbündeten der Amerikaner in der Konfrontation der USA mit der UdSSR wurde. Es brachte nichts ein, die Vergangenheit ans Licht zu zerren; tatsächlich wurde dadurch alles komplizierter.

Mit kleineren Vorbehalten (die man rasch fallenließ) stimmten die wichtigsten Organisationen der amerikanischen Juden schnell der Unterstützung eines wiederbewaffneten und kaum entnazifizierten Deutschland durch die USA zu. Weil man befürchtete, daß "jede organisierte Opposition amerikanischer Juden gegen die neue Außenpolitik und gegen den veränderten strategischen Ansatz sie in den Augen der nichtjüdischen Mehrheit isolieren und ihre Nachkriegserregenschaften im Inland gefährden könnte", predigte das *American Jewish Committee (AJC)* als erste Organisation die Vorzüge dieser Wiedereingliederung.

Der pro-zionistische Jüdische Weltkongreß (*World Jewish Congress, WJC*) und seine amerikanische Dependence ließen ihren Widerstand fallen, nachdem Anfang der fünfziger Jahre mit Deutschland eine Übereinkunft über Entschädigungszahlungen unterzeichnet worden war, während die *Anti-Defamation League (ADL, Anti-Diffamierungsliga)* 1954 als erste wichtige jüdische Organisation eine offizielle Delegation nach Deutschland entsandte. Gemeinsam mit der Bonner Regierung arbeiteten diese Organisationen daran, die unter den Juden verbreitete "antideutsche Welle" einzudämmen.

Noch aus einem anderen Grund war die "Endlösung" für die jüdischen Eliten Amerikas ein Tabu. Politisch links stehende Juden, die gegen das durch den Kalten Krieg bedingte Arrangement mit Deutschland gegen die Sowjetunion waren, hörten nicht auf, darauf herumzureiten. Das Andenken an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wurde deshalb als kommunistische Angelegenheit abgestempelt.

Behaftet mit dem Klischee, das Juden mit Linken gleichsetzt - in der Tat stammte 1948 ein Drittel der Stimmen für den fortschrittlichen Präsidentschaftskandidaten Henry Wallace von jüdischen Wählern -, schreckten die jüdischen Eliten Amerikas nicht davor zurück, jüdische Mitbürger auf dem Altar des Antikommunismus zu opfern.

Indem das AJC und die ADL ihre Unterlagen über angebliche jüdische Umstürzler den Behörden zur Verfügung stellten, beteiligten sie sich aktiv an der Hexenjagd der McCarthy-Ära. Das AJC billigte die Todesurteile gegen die Rosenbergs, während seine Monatszeitschrift *Commentary* in einem Leitartikel erklärte, diese seien nicht wirklich Juden.

Aus Angst, mit der politischen Linken im In- und Ausland in Verbindung gebracht zu werden, lehnten es die konformistischen jüdischen Organisationen ab, mit Nazi-Gegnern aus der deutschen Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten; ebenso lehnten sie den Boykott deutscher Hersteller ab und beteiligten sich nicht an öffentlichen Demonstrationen gegen Ex-Nazis, die durch die USA reisten.

Andererseits mußten bekannte deutsche Dissidenten wie der protestantische Pastor Martin Niemöller, der acht Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis verbracht hatte und sich nun gegen den antikommunistischen Kreuzzug aussprach, beim Besuch der USA Schmähungen der führenden amerikanischen Juden über sich ergehen lassen. ...<<

#### **04.02.1965**

**Frankreich:** Staatspräsident de Gaulle erklärt am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

#### **06.02.1965**

**Vietnam:** Die US-Luftwaffe beginnt am 6. Februar 1965 mit massiven Bombenangriffen gegen nordvietnamesische Städte (Beginn des Vietnamkrieges von 1965-1975).

Die verheerenden US-Flächenbombardements fordern in den folgenden Jahren unzählige Op-

fer unter der Zivilbevölkerung Vietnams.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Luftkrieg in Vietnam (x068/341-342): >>... Vor dem Krieg hatten hohe US-Militärs geprahlt. Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Tatsächlich warfen sie ein enormes Vernichtungspotential auf das Land. Die Masse der eingesetzten Bomben und Raketen übertrifft die des Zweiten Weltkriegs um das Dreifache.

Allein auf das kleine Laos haben die USA, bis sie 1973 ihre (militärisch erfolglosen) Bombardements einstellten, über 2 Millionen Tonnen Bomben für 7,2 Milliarden Dollar abgeladen, ein Drittel mehr als im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland.

Dabei bombardierten sie sowohl Laos wie Kambodscha, auch Vietnam selbst, ohne jede Kriegserklärung, unter völliger Mißachtung des Völkerrechts und der "Genfer Konvention". "Für mich hat die Rechtsfrage in dieser Sache keine Bedeutung", sagte der seinerzeitige Botschafter in Saigon, Henry Cabot Lodge. Klar: Rechtsfragen gelten vor allem im Frieden – und auch da meist bloß für kleine Gauner.

Insgesamt wurden im Vietnamkrieg 7,5 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Und die meisten Lufteinsätze waren nackter Terror – Flächenbombardements. So sagte General Johnson, der Heeres-Stabschef: "Wir gehen rücksichtslos vor, wie eine Dampfwalze, und bombardieren ausgedehnte Gebiete, nicht auf Grund genauer Nachrichten ausgewählte Ziele".

Die amerikanischen Bomben und Granaten haben unterschiedslos alles zerstört, Schulen und Krankenhäuser, Kirchen und Pagoden, historische Denkmäler und die landschaftliche Schönheit Vietnams.

Dabei operierte man gern, wofür war man fortschrittlich, mit Novitäten (Neuheiten). Vor allem mit Brennbarem. Zum Beispiel mit Phosphor, weißem Phosphor mit hoher Hitzeentwicklung, die einen Menschen bis auf die Knochen verascht. Oder mit Napalm; ein leicht entzündbares, vor dem Einsatz meist mit Benzin gemischtes Pulver, das Temperaturen bis zu 2.000 Grad entwickelte. Zeitweise warf man monatlich 50 Millionen Liter Napalm ab, die 10.000 qkm Land zu einer feuerverheerten Wüste machen konnten. Man verwandte auch Therminbomben, die Temperaturen bis zu 3.000 Grad erzeugten.

Allein viele Hunderttausende von Kindern wurden derart getötet, verwundet verbrannt, Gesichter und Körper oft schrecklich vom Feuer zerfressen, für immer entstellt. ...<<

### **21.02.1965**

**USA:** Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little) wird am 21. Februar 1965 im New Yorker Stadtteil Harlem durch einen rivalisierenden Schwarzen der islamischen Bewegung "Black Muslims" ermordet.

Malcolm X (bis 1963 Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") vertritt damals eine extrem antiweiße Ideologie (x056/105): >>... Um 15 Millionen von uns als Sklaven (nach Amerika) zu bekommen, ermordete der sogenannte christliche weiße Mann auf der Überfahrt 100 Millionen!

Ich wollte, ich könnte euch den Meeresgrund in jenen Tagen zeigen – die schwarzen Körper, das Blut, die von Stiefeln und Keulen zerschlagenen Knochen! Die schwangeren schwarzen Frauen warf man über Bord, wenn sie zu krank wurden! Man warf sie über Bord zu den Haien, die wußten, daß man im Kielwasser dieser Sklavenschiffe fett wurde.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (10/1965) berichtet später über die letzte Begegnung eines SPIEGEL-Reporters mit Malcolm X: >> **SO LANDEN EINES TAGES ALLE HÜHNER IM TOPF**

... Ich traf Malcolm Little, der sich Malcolm X nannte, zum erstenmal in dem langen, heißen Sommer 1964, als Harlem revoltierte.

Ich wollte den Kopf der Revolte treffen, das Gehirn der Extremisten, den schwärzesten der "Schwarzen Moslems". Aber ich traf einen Abgefallenen, der schon damals wußte, daß er er-



mordet werden würde.

Schon damals wagte sich Malcolm X kaum noch in sein Büro hinter einer schwarz zugemalten Glastür im Hotel "Theresa", das an Harlems kritischer Kreuzung, 125. Straße und Seventh Avenue, liegt und das aussieht, als stamme es von der Stalin-Allee.

Wir trafen uns in einem sauberen kleinen Coffee-Shop, 22 West, 135. Straße, nicht eben im Zentrum der Gefahr. Malcolm X kam mit zwei Leibwächtern, die kurz zuvor noch Gegenorder gehabt hatten: bekehrte Häscher, so stellte er sie vor, die Elijah Muhammad, der alternde Prophet der Schwarzen Moslems, ursprünglich ausgesandt hatte, den abtrünnigen Diener umzulegen.

"Niemand versteht sich besser auf so etwas als die Schwarzen Moslems", sagte Malcolm X und lächelte böse. "Ich weiß es. Ich habe es ihnen selber beigebracht."

Zu den Schwarzen Moslems war Malcolm X aus dem Gefängnis gekommen

- wohin ihn beizeiten der Marihuanahandel, der Einbruchdiebstahl und seine eigene Unbedachtsamkeit gebracht hatten: Als Kellner in der Jazzkneipe "Small's Paradise" auf der Seventh Avenue hatte er 1943, mit 18 Jahren, ausgerechnet einem Polizeispitzel ein Mädchen vermitteln wollen.

Die Schwarzen Moslems - Mohammedaner aus Protest und Militanz trieben ihm die Flausen aus. Denn die radikale Sekte, deren Zahlenstärke kein Mensch genau angeben kann, frönt nicht bloß einem fanatischen Rassismus gegen die Weißen, von denen sie alle Schwarzen gänzlich separiert wissen möchte, sondern treibt auch die eigenen Rassegenossen mit roher Gewalt zu Zucht und Ordnung an.

Malcolm Little, der verluderte Sohn eines vom Ku-Klux-Klan erschlagenen Baptistenpredigers, wurde ein Schwarzer Moslem, ersetzte seinen "Sklavennamen" durch ein protestgeschwängertes X und durfte fürderhin weder "koksen" noch fremdgehen. Er wäre sonst den "Früchten des Islam" anheimgefallen, der Privatarmee der Schwarzen Moslems, die der Gestapo weder an Brutalität noch an Wachsamkeit nachsteht. Aber Malcolm X parierte. Und nicht nur das.

Aus dem ... Bürschchen von "Small's Paradise" wurde mit den Jahren ein gerissener Demagoge und ein mitreißender Redner. Malcolm X wurde das Sprachrohr Elijah Muhammads, der gehätschelte Buhmann von Presse und Rundfunk und der gesuchteste Gastredner an Amerikas Universitäten nach Barry Goldwater, mit dem ihn das Handikap verband, eine Stimmung zu repräsentieren, nicht aber eine Politik.

Doch er mauserte sich zu schnell. Mit 38 Jahren war er sowohl der Ideologie als auch den Ideologen der Schwarzen Moslems über den Kopf gewachsen. Der Bruch mit Elijah Muhammad, dem Chef, der seine Inspirationen direkt von Allah und seinen Nachfolger aus der eigenen Familie beziehen will, war unvermeidlich geworden.

Und während die beiden Leibwächter brav ihren Milchkaffee schlürften, erzählte mir Malcolm X, wie es zu diesem Bruch gekommen war.

Den Vorwand hatte Elijah Muhammad selber geliefert: Er hatte seinen Propagandisten Ende 1963 von dessen "geistlichem" Amt als Priester der "Moschee Nr. 7, New York City", suspendiert, nachdem Malcolm X die Ermordung Kennedys in einer Rede mit der schadenfrohen Bemerkung kommentiert hatte: "So landen eines Tages alle Hühner im Topf."

Die Erleuchtung zu eigenem Beginnen hingegen überkam den suspendierten Moslem während einer anschließenden Pilgerfahrt nach Mekka.

"Elijah Muhammad hatte uns immer gelehrt, daß die Weißen - als die Verkörperung alles Bösen - gar nicht nach Mekka, in die Stadt Gottes, gehen dürften. Aber als ich dort war, sah ich Menschen mit weißer Haut, blauen Augen und blonden Haaren. Und da schrieb ich nach Hause, daß es doch Weiße in Mekka gebe und daß diese Weißen sich den Schwarzen, Braunen und Gelben gegenüber, die es auch dort gab, wie Brüder benahmen."

Also hatte der Prophet gelogen. Und also glaubte Malcolm X nun nicht mehr an dessen Philosophie der Rassentrennung? "Nein, ich glaube nicht mehr daran. Ich habe meine Meinung völlig geändert, und ich bin Manns genug, es zuzugeben, auch wenn das gefährlich ist."

Malcolm X faßte den Entschluß, seine eigene Bewegung zu gründen: die "Organization of Afro-American Unity", deren Kampf zuvörderst für "die Beteiligung des schwarzen Mannes an allen amerikanischen Errungenschaften" und nicht mehr nur gegen die "weißen Teufel" geführt werden sollte. Das aber bedeutete vor allem Kampf gegen die Schwarzen Moslems.

Doch erst nachdem ich, einigermaßen verblüfft, das Tonbandgerät abgeschaltet hatte, vertraute mir Malcolm X auch den tieferen Grund seiner Befürchtungen an: Elijah Muhammad, Führer der Schwarzen Moslems und Kündler ihrer strengen Moral, habe in Wahrheit neun illegitime Kinder - und alle mit seinen Sekretärinnen, gezeugt unter dem Vorwand übersinnlicher Inspiration.

Und seit Elijah wußte, daß Malcolm (dies) wußte - seither war Malcolm X, so glaubte er schon damals, seines Lebens nicht mehr sicher.

Die Schwarzen Moslems hatten die Feindseligkeiten bereits eröffnet. Vor Gericht reklamierten sie das Haus in der 97. Straße, East Elmhurst, Queens, das Malcolm X mit Frau und vier Kindern bewohnte, als Dienstwohnung und klagten auf Räumung.

Am vergangenen Sonntag vor vierzehn Tagen ging dieses Haus in Flammen auf. Malcolm X zog mit seiner Familie ins "Theresa". Aber auch da hielt es ihn nicht. Er zog weiter, hinaus aus Harlem, ins weiße "Hilton". Dort erreichten ihn Anrufe, er möge abhauen, bevor es zu spät sei.

"Ich lebe, als ob ich schon tot wäre", sagte er am Donnerstag vorletzter Woche zu einem Reporter. Am Freitag ... (beantragte) er bei der Stadt New York ... einen Waffenschein; denn er wisse sein Leben bedroht. Am Samstag hatte er zwar keinen Waffenschein, aber eine Pistole. Am Sonntag mußte er, wie jede Woche, im Audubon Ballroom für die Getreuen predigen.

Der Audubon Ballroom ist ein überständiges Etablissement Ecke Broadway und 166. Straße, eine Treppe hoch, mit Klappgestühl auf dem verkrautzten Parkett und kleinen, inwendig rotgestrichenen Logen beiderseits der ausgedienten Tanzfläche.

Vor dem goldbronzierten Proszenium der Bühne, auf der inmitten von Gerümpel das Rednerpult steht, sollten auch an diesem Sonntag wieder vier zivil gekleidete Bodyguards alle zehn Minuten mit militärischen Gesten eine ausgewachsene Wachablösung exerzieren.

Sie kamen nicht mehr dazu. Genau in dem Augenblick, da Malcolm X die Bühne betrat, lenkte ein Mann in der linken Hälfte des Auditoriums sie ab. "Hände weg!", schrie der Mann, und alle Beschützer rannten kopfscheu in seine Richtung.

Malcolm X, schon am Rednerpult, rief in den Trubel: "Take it easy ... okay now, take it easy", und begann dann einfach mit seiner Rede: "Brothers and sisters ..."

In diesem Augenblick feuerten die Mörder.

Zwischen achtlos gestapelten Gartenstühlen und einem mißhandelten weißen Flügel, den ein Vorhängeschloß vor unbefugter Musikalität bewahren sollte, brach Malcolm X zusammen.

Erschossener Malcolm X: "Ich lebe, als ob ich schon tot wäre" ...<<

### **25.03.1965**

**BRD:** Der Bundestag beschließt am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Verjährung" von Straftaten (x051/600-601): >>Verjährung, Ausschluß der Ahndung von Straftaten nach Ablauf bestimmter Fristen.

Die Verjährung kann aufgrund gesetzlicher Vorschriften ruhen und durch bestimmte Prozeßhandlungen unterbrochen werden (§§ 78 ff. StGB). Bei der Verfolgung von NS-Gewalttaten spielte die Verjährung eine große Rolle: Da der als Gesetz geachtete "Führerwille" einer Ahn-

dung entgegenstand, ruhte sie bis Kriegsende. In der Regel begann der Lauf der Frist am 8.5.45. Mit Ablauf des 8.5.1960 waren mit Ausnahme von Mord (§ 211 StGB) alle Taten verjährt, sofern die Verjährung nicht unterbrochen worden war. Bei Mord wäre die Verjährung nach 20 Jahren am 8.5.65 eingetreten.

Durch das "Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen" vom 25.3.65 wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Frist die Zeit vom 8.5.45 bis zum 31.12.49 (wegen mangelnder Funktionsfähigkeit der deutschen Rechtspflege während dieser Jahre) außer Betracht bleibt.

Am 26.11.68 beschloß die Vollversammlung der UN die Konvention über die Nichtanwendbarkeit der gesetzlichen Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nach der auch eine bereits unterbrochene Verjährung rückwirkend aufzuheben war. Die Bundesrepublik und andere westliche Staaten traten der Konvention nicht bei, da sie dem im nationalen Recht enthaltenen Rückwirkungsverbot entgegenstand. Eine ähnliche, spätere Initiative des Europäischen Parlaments wurde von den Mitgliedstaaten – außer Frankreich – aus denselben Gründen abgelehnt (1974).

Nicht allein unter dem Eindruck der Konvention der UN beschloß der Bundestag am 4.8.69 das 9. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verjährungsfrist (u.a.) für Mord auf 30 Jahre erweiterte. Vor Ablauf dieser Frist begann im In- und Ausland eine lebhafte Diskussion über die Verjährung von NS-Verbrechen.

Der Bundestag erließ schließlich am 3.7.79 das 16. Strafrechtsänderungsgesetz, mit dem die Verjährung für Mord und für die erst 1955 in das StGB eingeführte Vorschrift des Völkermordes (§ 220a StGB) aufgehoben wurde.<<

#### **17.04.1965**

**DDR:** Walter Ulbricht berichtet am 17. April 1965 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland" über den politischen Neuanfang der KPD in Berlin (x296/206 L): >>... Unser Vorteil bestand darin, daß wir gut vorbereitet waren. In unserer Parteiführung war schon zur Zeit als die Sowjettruppen die Weichsel überschritten hatten, eine Kommission gebildet worden zur Ausarbeitung der ersten Maßnahmen, die im Kampf zur Liquidierung des Hitlerfaschismus getroffen werden mußten. Ich war Vorsitzender dieser Kommission. Wir haben alle Details ausgearbeitet, einschließlich der Organisation der Verwaltungen bis zu den Fragen der Organisation des kulturellen Lebens.<<

#### **April 1965**

**BRD:** Die Landsmannschaft der Oberschlesier fordert im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die polnische Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".

In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.

Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu bekämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechnete Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?"

Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<

**13.05.1965**

**Israel:** Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen am 13. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel führt später zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen arabischen Staaten und der Bundesrepublik.

**Mai 1965**

**BRD:** Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt im Mai 1965 über die US-Besatzung in Westdeutschland (x306/15): >>... "Wir wissen wohl, daß die Besatzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland wichtig ist."<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18): >>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. ...

Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...

Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. Diese ist geboten, da ein Mißverständnis den Lichtkegel der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die historischen Studien lenkte. Das kam so:

Bei der Jagd auf den Sündenbock in den ersten Nachkriegsjahren wäre es geradezu ein übermenschlicher Heroismus gewesen, hätte man darauf verzichtet, den Nationalsozialismus dem jeweiligen Hausfeind in die Schuhe zu schieben, um so durch kleine Retouchen alte Rechnungen zu begleichen. Da machten sich denn auch einige Geistesgeschichtler auf den Weg, um Historiker des 19. Jahrhunderts wie Treitschke, Sybel und Ranke posthum zu inkriminieren. Aus der privaten Fehde wurde ein öffentliches Glaubensbekenntnis. Man meint seither, daß die getätigte Politik irgendwie vom Geschichtsbild abhängen müsse, und zieht daraus den praktischen Schluß, daß es einen politischen Effekt habe, wenn man die Historiker einer Meinungskontrolle unterwirft.

Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiben.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann.

Die Wurzeln der Besatzungsgeschichte liegen jedoch in der amerikanischen Innen- und Au-

ßenpolitik, nicht aber in der Geschichte jener Gebiete, die unter dem (derzeit geographischen) Namen Deutschland geführt werden.

Daß die Besatzungsgeschichte kaum wesentlich anders verlaufen wäre, wenn es in Deutschland nie eine NSDAP gegeben hätte, ergibt sich schon aus einem Vergleich der amerikanischen Besatzung in Deutschland und Japan. ...

Der entschiedene Widerstand gegen die Erforschung der Besatzungsgeschichte bedient sich gerne des besatzungsapologetischen Arguments, daß Theorie und Praxis der Besatzung "nur" eine Reaktion auf Theorie und Praxis des "Dritten Reichs" gewesen sei.

Doch ist, wie so oft in der Weltgeschichte, die "Reaktion" ungleich wichtiger geworden als das, worauf sie reagierte. Ihr Anlaß ist ausgelöscht, aber die "Reaktion" ist geblieben.

Sie ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur alleinbestimmenden Kraft geworden und hat für Deutschland unter anderem die territoriale Verstümmelung, die Teilung des Rumpfgebietes und dessen Anschluß an verschiedene Besatzungskulturen mit sich gebracht.

Führte der nationalsozialistische "Totalitarismus" zur Erfahrung, was es bedeutete, wenn das innerstaatliche politische Machtzentrum in alle Lebensbereiche einzugreifen vermochte, so sollte eigentlich die Nachkriegsgeschichte lehren, daß die zwischenstaatliche Hegemonie sich nicht auf das Gebiet der Außenpolitik beschränken läßt, sondern quer durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis in den Bereich privater Lebensführung hineinwirkt. Der hegemoniale Effekt ist uns auch aus anderen Geschichtsepochen bekannt. Neu ist jedoch, daß er wissenschaftlich eingeplant wurde.

Die Lehre von den Chancen der "Stunde Null" gehört wohl zu den sakrosanktesten aller liberalen Dogmen. Deutschland sei 1945 eine Tabula rasa (Reiner Tisch) gewesen, auf der die unerhörtesten Dinge hätten eingetragen werden können. - Nichts ist falscher.

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

### **03.06.1965**

**Polen:** Der "Tagesspiegel" berichtet am 3. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Erzbischofs Boleslav Komenek (x064/29): >>... "Das Heimatrecht ist weniger wichtig als das Grundrecht von Einzelmenschen und ganzen Völkern auf Existenz", erklärte der polnische Bischof Komenek von Breslau in der jüngsten Ausgabe der katholischen Zeitschrift "Tygodnik Powszechny".

"Es ist eine allgemein bekannte und bezeichnende Sache, daß die Westgebiete für die deutschen Aussiedler oder Flüchtlinge längst aufgehört haben, eine Lebensfrage zu sein. Für Polen werden die Westgebiete niemals aufhören, eine Existenzfrage für 9 Millionen Menschen zu sein", schreibt Komenek.

Bei dieser Feststellung handele es sich keineswegs um eine polnische Analogie (Ähnlichkeit)

zum deutschen Drang "Drang nach Osten". "Es handelt sich einfach um Lebensbedingungen für Menschen, für die anderswo ein entsprechender Lebensraum nicht gegeben ist.

Die Opfer, die die Deutschen durch den Verlust der Westgebiete zu tragen haben, müssen in die Reihe jener Entschädigungen einbezogen werden, die ein Staat zu zahlen hat, dessen Verschulden einer der scheußlichsten Kriege ist, die die Ausrottung des polnischen Volkes zum Ziel hatte".

Komenek erklärt, er habe aus der Bundesrepublik, vor allem von jungen Menschen, viele Briefe erhalten, die "einen stillen Verzicht auf den deutschen Besitz der Westgebiete enthalten. ... Einen ähnlichen psychischen Prozeß erleben wir auch in Polen hinsichtlich unserer ehemaligen Ostgebiete" ...<<

#### **08.06.1965**

**China:** Die Zeitung "Peking Rundschau" berichtet am 8. Juni 1965 über den "Vietnam-Krieg" (x299/181-182): >>... Seit die Vereinigten Staaten eine große Anzahl von Truppen zu Angriffen nach Süd-Vietnam geschickt haben, hat das ganze vietnamesische Volk, einschließlich der Bevölkerung im Norden, sich das Recht gesichert, sein Äußerstes zu tun, um die USA-Aggressoren zurückzuschlagen.

Seit die USA-Aggressoren den Norden Vietnams Tag und Nacht bombardieren, existiert die provisorische militärische Demarkationslinie am 17. Breitengrad nicht mehr, und das Volk vom Norden Vietnams hat keinerlei weitere Beschränkungen seinen Landsleuten im Süden zu helfen ... (und) hat sich das chinesische Volk das Recht gesichert, alles in seiner Macht Stehende zu tun, dem vietnamesischen Volk zu helfen. ...<<

#### **28.06.1965**

**Polen:** Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Kardinals Stefan Wyszynski anlässlich des 20. Jahrestages der "Heimkehr" der polnischen Westgebiete (x064/29): >>... Wir können mit Autorität feststellen, daß es in unseren Augen und in den Augen der Kirche und des Heiligen Stuhls keine ... Differenzen zwischen (Diözesen in den polnischen "Westgebieten") und den Diözesen in Mittelpolen gibt. Die Vollmachten der Bischöfe sind die gleichen.

Es sind nur noch geringe formale Schwierigkeiten zu beheben, und wir vertrauen darauf, daß dies durch ruhige Geduld und etwas Takt erreicht werden kann. ..."

Wyszynski wies darauf hin, daß die Diözesen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten jenen entsprächen, die im Jahr 1000 auf dem Kongreß von Gnesen auf Anweisung Papst Paul Sylvesters geschaffen worden seien.<<

#### **01.07.1965**

**USA:** Der US-Diplomat George W. Ball (1909-1994) schlägt Präsident Johnson am 1. Juli 1965 eine Kompromißlösung für den "Vietnam-Krieg" vor (x299/182): >>... Der Krieg geht verloren: Die Südvietnamesen verlieren den Krieg gegen den Vietkong. Niemand kann ihnen garantieren, daß wir den Vietkong schlagen oder ihn auch nur zu unseren Bedingungen an den Konferenztisch zwingen können, ganz gleich wie viele Hunderttausende an weißen, ausländischen (US) Soldaten wir auch entsenden mögen.

Niemand hat bisher bewiesen, daß eine weiße Bodentruppe gleich welcher Stärke einen Guerillakrieg gewinnen kann, der zu gleicher Zeit ein Bürgerkrieg unter Asiaten ist und der auf Dschungelterrain inmitten einer Bevölkerung geführt werden muß, die die Zusammenarbeit mit den weißen Truppen (und den Südvietnamesen) ablehnt und damit den Spionageabsichten der anderen Seite große Vorteile bietet. ...

Sollten wir nicht unsere Verpflichtungen in Süd-Vietnam begrenzen und nach einem Ausweg suchen, der auf lange Sicht nur geringe Kosten verursacht?

Die Alternative ist ... beinahe mit Sicherheit ein in die Länge gezogener Krieg, der die amerikanischen Streitkräfte in nicht absehbare Verwicklungen einbezieht, der steigende amerikani-

sche Verluste bringt, der keine Gewißheit eines befriedigenden Abschlusses ... birgt. Haben wir erst einmal schwere Verluste erlitten, so ist damit ein nahezu nicht umkehrbarer Prozeß eingeleitet. Wir werden so tief in den Konflikt verwickelt werden, daß wir, ohne eine Demütigung unserer nationalen Empfindungen hinzunehmen – von unseren Zielen nicht eher ablassen können, als wir sie erreicht haben.

Von diesen beiden Möglichkeiten ist meiner Meinung nach eine Demütigung wahrscheinlicher als die Erreichung unserer Ziele – auch dann, wenn wir einen entsetzlichen Preis bezahlt haben werden.<<

#### **19.08.1965**

**BRD:** Nach 20 Monaten wird am 19. August 1965 in Frankfurt der "Auschwitz-Prozeß" gegen SS-Angehörige des Lagerpersonals beendet.

Die angeblich zu milden Urteile führen damals zu starken Protesten im In- und Ausland.

#### **05.09.1965**

**BRD:** Vertreter des BdV verkünden am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/-117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.

Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

#### **19.09.1965**

**BRD:** Während der 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %, Sonstige = 3,6 %.<<

#### **05.10.1965**

**China:** Die "Pekinger Volkszeitung" berichtet am 5. Oktober 1965 über Chinas Außenpolitik in der "Dritten Welt" (x300/243): >>... Sich auf die Bauern zu verlassen, die Stützpunkte auf dem Lande errichten, die Städte durch die Dörfer einkreisen und schließlich die Städte erobern: das war der Weg zum Sieg, den die chinesische Revolution einschlug. ...

Es muß mit Nachdruck betont werden, daß die Theorie des Genossen Mao Tse-tung über die Errichtung von revolutionären Stützpunkten auf dem Lande von hervorragender, allgemeingültiger und aktueller Bedeutung für die gegenwärtigen revolutionären Kämpfe aller unterdrückten Nationen und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika gegen den Imperialismus und seine Lakaien ist. ...

Nehmen wir die ganze Welt her. Wenn Nordamerika und Westeuropa als "Städte der Welt" bezeichnet werden können, dann kann man Asien, Afrika und Lateinamerika "die ländlichen Gebiete der Welt" nennen. ...

In einem gewissen Sinne bietet die gegenwärtige Weltrevolution ein Bild der Einkreisung der Städte durch die ländlichen Gebiete. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind. ...

Die Geschichte hat bewiesen und wird weiterhin beweisen, daß die wirksamste Waffe gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien der Volkskrieg ist. ...

Gerade in dem Augenblick, da der US-Imperialismus am stärksten von Panik erfaßt und bei seinen Anstrengungen, mit dem Volkskrieg fertigzuwerden, am hilflosesten ist, kommen die Chruschtschowschen Revisionisten, ihn zu retten. ...<<

**14.10.1965**

**BRD:** Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlicht am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x064/24-27, x148/155, x155/120): >>Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), die als kirchliche Gemeinschaft in das politische Spannungsfeld zwischen Ost und West gestellt ist, beobachtet mit wachsender Sorge, daß die Wunden, die der Zweite Weltkrieg im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn geschlagen hat, bis heute 20 Jahre nach seinem Ende, noch kaum angefangen haben zu verheilen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist auf deutscher Seite, daß die Besetzung der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie durch Sowjetrußland und Polen und die Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus diesen Gebieten und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas Probleme aufgeworfen haben, die bisher nicht zureichend gelöst worden sind. ...

Die Kirche ist von dieser Unruhe und Ungewißheit unter den Vertriebenen stark betroffen. Auch in ihren Reihen wird lebhaft, oft mit Erbitterung, in Diskussionen und Erklärungen kirchlicher Gruppen über die theologischen und ethischen Fragen des Vertreibungsproblems und die daraus zu ziehenden politischen Folgerungen gestritten.

Sie hält es daher um ihrer Verantwortung für diese Menschen willen, aber auch im Blick auf den an ihrem Ort aufgetragenen Dienst für den Frieden zwischen den Völkern für ihre Pflicht, diesen Problemen und Wegen zu ihrer Lösung nachzugehen.

Sie kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit Wege zum politischen Handeln zu ebnen. ...

Jede Betrachtung zur Lage der Vertriebenen und zum künftigen Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn muß damit beginnen, den Umfang der menschlichen Seite der Katastrophe des deutschen Ostens bewußt zu machen.

In Millionen von Einzelschicksalen wiederholte sich mit dem Verlust der Heimat der Verlust beinahe jeglichen äußeren Besitzes und in den meisten Fällen auch der Verlust von nahen Angehörigen.

Millionenfach wiederholte sich mit den Strapazen der Vertreibung und mit dem Kampf um die nackte Selbsterhaltung eine totale Lebenskrise, die auch die seelische, geistige und geistliche Substanz erfaßte.

Den geschichtlichen Hintergrund der Vertreibung und aller Einzelschicksale aber bilden die Vorgänge, durch die ein Viertel des Deutschen Reiches von 1937 unter fremde Verwaltung gestellt worden und der deutsche Siedlungsraum in der Tschechoslowakei sowie in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas verlorengegangen ist.

Damit hat nicht nur das Geschichtsbewußtsein des deutschen Volkes einen empfindlichen Schlag erlitten, es bedeutet auch den Verlust großer kultureller Kraftfelder, von denen eine starke Wirkung auf das deutsche und europäische Geistesleben einschließlich seiner religiösen und kirchlichen Elemente ausgegangen ist.

Kirchlich gesehen empfindet es der deutsche Protestantismus bis heute als einen tiefgehenden Eingriff in seine Substanz, daß ihm mehrere große Landeskirchen ganz verloren gegangen und die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Pommern und Schlesien in ihrem Bestand erheblich



geschmälert worden sind. ...

... Die den Deutschen angetanen Unrechtstaten können nicht aus dem Zusammenhang mit der politischen und moralischen Verirrung herausgelöst werden, in die sich das deutsche Volk vom Nationalsozialismus hat führen lassen.

... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus anderen Nachbarländern hat die notwendige sittliche und rechtliche Rechtfertigung bisher nicht erfahren.

Die vorläufigen Entscheidungen des Potsdamer Protokolls vom 2. August 1945 zur Gebiets-hoheit über deutsche Ostprovinzen sind immer noch nicht durch eine völkerrechtliche Dauerregelung abgelöst worden.

Als besonders belastend muß es bezeichnet werden, daß sich 20 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kaum die Möglichkeit abzeichnet, die schwerwiegenden Fragen der Schuld und des Rechtes zwischen den beteiligten Völkern in sachlicher Offenheit zu erörtern.

...

Mit Recht empfinden es die Vertriebenen selbst als eine unzulässige Vereinfachung der Probleme, wenn diese mit der wirtschaftlichen Eingliederung als erledigt angesehen werden. Man muß deshalb Verständnis für den Umfang und die Leidenschaft haben, mit denen die Diskussion um das "Recht auf Heimat", im Sinne der ursprünglichen und angestammten Heimat geführt wird.

Die Vorgänge um die deutschen Ostgebiete und das Vertreibungsschicksal anderer Völker rufen in der Tat nach einer umfassenden internationalen Erörterung der Frage, wie weit künftig durch eine völkerrechtliche und politische Verwirklichung eines neu zu formulierenden Menschenrechtes derartige Massenkatastrophen verhindert werden können. ...

... Je weiter wir uns von den Ereignissen des Kriegsendes entfernen, desto mehr verschieben sich offenbar im Erinnerungsbild vieler die tatsächlichen politischen und geschichtlichen Zusammenhänge zugunsten einer einseitigen Sicht der Dinge. Je stärker die prinzipiellen rechtlichen und sittlichen Gesichtspunkte die Urteilsbildung bestimmen, desto mehr scheinen die tatsächlichen politischen Möglichkeiten und Aufgaben zu verblassen. ...<<

>>... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den jetzt polnisch verwalteten ehemals deutschen Gebieten muß als Unrecht und Verstoß gegen elementare sittliche Gebote bezeichnet werden. Darüber können auch alle Versuche unserer Nachbarvölker nicht hinwegtäuschen, diese Vertreibung politisch, geschichtlich oder sittlich zu rechtfertigen.

Man trifft wohl am ehesten den geschichtlichen Tatbestand, wenn man die Vertreibung und die Gebietsveränderungen als von den Polen in Anspruch genommene Entschädigung für eigene Verluste und Leiden bezeichnet. Aber so wenig diese Verluste und Leiden geleugnet oder vergessen werden dürfen, so wenig kann die eigenmächtig verwirklichte "Entschädigung" den Unrechtscharakter der Vertreibung aufheben. ...

Aus dieser Sicht der Dinge müßte auch die Kirche einer stillschweigenden Sanktionierung der Vertreibung durch Anerkennung in einem Friedensvertrag widersprechen. Es muß möglich sein, daß dabei das Unrecht, das sich beide Seiten gegenseitig angetan haben, nicht übergangen wird. Nur so kann es einen Weg für ein neues Verhältnis zwischen den Völkern geben.

...<<

>>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ... Eine Wiederherstellung des alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist 20 Jahre später un-

möglich, wenn sie Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen würde, die Deutschland nach dem Gesagten zu respektieren hat. ...

Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig: Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht.

In solcher Lage wird das Beharren auf gegensätzlichen Rechtsbehauptungen, mit denen jede Partei nur ihre Interessen verfolgt, unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern. ... Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. ...

Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

### **22.10.1965**

**BRD:** Das BdV-Präsidium kritisiert am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14. Oktober 1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten.

Der Bund der Vertriebenen begrüßt daher den Schritt des evangelischen Flüchtlingsbischofs Dr. Reinhard Wester (Schleswig), der im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Rechtsempfinden und die Glaubenstreue seiner evangelischen Landsleute von seinem hohen Amt zurückgetreten ist.

Der Bund der Vertriebenen erwartet, daß sich die Generalsynode der EKD von dieser Tendenzschrift einer Minderheit distanziert. ...<<

### **26.10.1965**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Ludwig Erhard am 26. Oktober 1965 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

### **27.10.1965**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1965) berichtet am 27. Oktober 1965 über ein Interview mit Wenzel Jaksch (1896-1966, seit 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen, SPD-Bundestagsabgeordneter): >>Polen aus Schlesien nach Frankreich?

Mit einer Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn", die vorletzte Woche veröffentlicht wurde, versucht die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) "eine neue Bewegung in die politischen Vorstellungen des deutschen Volkes hineinzubringen und auch den Nachbarn im Osten einen Dialog auf neuer Ebene anzubieten".

Das Memorandum - von der EKD - "Kammer für öffentliche Verantwortung" - verfaßt und mit Zustimmung des Rates der EKD publiziert, spricht sich unter anderem dafür aus, "in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen,

dessen es zu seiner Entfaltung bedarf".

Bei den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften stieß die Denkschrift auf heftigen Protest. Der Bund der Vertriebenen (BdV) bezeichnete sie in einer ersten Stellungnahme als Mißbrauch der kirchlichen Autorität. Präsident des BdV ist seit dem 1. März 1964 der SPD-Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch, 69. Der Altsozialdemokrat stammt aus dem Sudetenland und lebte von 1939 bis 1949 in britischem Exil. Dort vertrat er die Interessen der Sudentendeutschen bei der tschechoslowakischen Exilregierung.

SPIEGEL: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in der Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" zum Umdenken aufgefordert, weil eines Tages die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze unausweichlich werden könne. Nährt dagegen nicht der Bund der Vertriebenen die Hoffnung, eines Tages werde über die Rückkehr Ostpreußens und Schlesiens zum Reich verhandelt?

JAKSCH: Diese Frage geht das ganze deutsche Volk an und kann auch in einem Dialog zwischen dem Bund der Vertriebenen und der evangelischen Kirche nicht beantwortet werden. Wir gehen von dem völlig unbestrittenen historischen Tatbestand aus, daß die großen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Potsdamer Abkommen die Frage der deutschen Ostgrenzen ausdrücklich einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten haben. Wir nähren also unter unseren Mitgliedern nicht irgendwelche Illusionen, sondern beziehen, wie alle staatsert haltenden Kräfte der Bundesrepublik, einen eindeutigen Rechtsstandpunkt.

SPIEGEL: Die Unterschriften von Truman, Stalin und Attlee in Potsdam wurden vor 20 Jahren geleistet. Inzwischen hat sich jenseits von Oder und Neiße vieles ereignet, vieles verfestigt. Wie wollen Sie gegen die Macht des Faktischen angehen?

JAKSCH: In Ihrer Frage steckt die Anerkennung des *Fait accompli* (der vollendeten Tatsache) als einer völkerrechtlich bindenden Macht. Von dieser Philosophie her kann man jeden künftigen Eingriff in die Menschenrechte eines Nachbarvolks begründen und sich nachher auf die normative Kraft des Faktischen berufen.

SPIEGEL: Nun nimmt aber die Denkschrift der evangelischen Kirche gerade darauf Bezug, daß nach 1933 die Gewaltpolitik von deutscher Seite begonnen wurde. Sie spricht davon, daß wir gerade wegen der Leiden des polnischen Volkes im Zweiten Weltkrieg das Lebensrecht dieses Volkes respektieren und ihm Raum zu seiner Entfaltung lassen müßten. Sind Sie anderer Meinung?

JAKSCH: Ich bin zutiefst bestürzt über den Versuch, nachträglich mit Hilfe theologischer Argumente dem deutschen Volk eine Kollektivschuld-Position suggerieren zu wollen. Man darf doch nicht vergessen, daß die Warschauer Regierung nach 1933 Hitler Schützenhilfe geleistet und sich 1938 sogar an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt hat.

SPIEGEL: Wollen Sie damit den deutschen Angriff gegen Polen im Jahre 1939 rechtfertigen?

JAKSCH: Aus meinem Bewußtsein ist es nicht auszustreichen, daß deutsche Hitler-Gegner der Kriegspolitik des Nationalsozialismus weit entschiedener Widerstand geleistet haben als die Männer des Appeasements im Westen und die Regierungen in Warschau und Prag. Wer die Blindheit der europäischen Staatsmänner im Westen und im Osten vor dem Angriff auf Polen erlebt hat, so wie ich, der kann sich nur schauernd und mit Trauer von einer Geschichtsdarstellung abwenden, die nachträglich alle Schuld beim deutschen Volke suchen will.

SPIEGEL: Die Verfasser der Denkschrift der evangelischen Kirche sagen, mit theologischen Argumenten könne man das von den Vertriebenen beanspruchte Heimatrecht nicht begründen.

JAKSCH: Die Verfasser der Denkschrift weichen der Vorfrage aus, ob Massenvertreibungen von ganzen Volksteilen und Volksgruppen durch nachträgliche Ersatzdiskussionen über das Heimatrecht als Mittel der Politik legitimiert werden dürfen.

SPIEGEL: Aber was soll aus den polnischen Menschen werden, die in den Gebieten jenseits

von Oder und Neiße geboren sind und dort Heimat erworben haben? Würden sie wieder vertrieben, wenn eine deutsche Regierung ein künftiges Deutschland in den alten Grenzen durchsetzen könnte?

JAKSCH: Das ist doch eine aus dem Gesamtbild herausgeschnittene Detailproblematik.

SPIEGEL: Nein, das ist die Frage nach dem Schicksal von Millionen polnischer Menschen.

JAKSCH: Sicher, Herr Stalin hat genauso einen Teil Polens eingesteckt, und zwar so, daß man das zu Boden geworfene Polen noch von der anderen Seite her verstümmelte. Wer stellt dieselbe Frage an die Sowjet-Politik, die Sie mir gestellt haben, wenn Sie vom Moralischen her argumentieren? Vom Moralischen her ist das Heimatrecht der Polen in den Gebieten, die die Sowjet-Union annektiert hat, genauso gut wie das Heimatrecht der Schlesier und der Pommern im deutschen Teil.

SPIEGEL: In beiden Vertreibungsfällen, sowohl bei den Ostpolen wie bei den Ostdeutschen, ist mittlerweile eine ganze neue Generation herangewachsen. Die jungen "Schlesier" von heute, die jetzt in Westdeutschland leben, haben ihre Heimat ebensowenig gesehen wie die jungen "Ostpolen", die in Schlesien und Ostpreußen leben. Wir fragen uns, ob denn überhaupt diese Millionen in ihre angestammten Heimatgebiete zurückkehren wollen?

JAKSCH: Dieselbe Frage können Sie auch an die Sachsen und Thüringer stellen, die in der Bundesrepublik leben. Mit demselben Argument können Sie jeden moralischen Anspruch auf Wiedervereinigung bestreiten. Denn auch die Nachkommen der Sowjetzonen-Flüchtlinge haben hier nach Ihrer Theorie Heimat gefunden ...

SPIEGEL: Nur, daß in der Sowjetzone Deutsche leben und in Schlesien heute Polen. In der Sowjetzone würde bei Rückkehr der Flüchtlinge niemand vertrieben werden müssen. Noch einmal unsere Frage: Wollen Sie, daß um des Heimatrechts willen eine neue Umsiedlungsaktion beginnt? Wollen Sie Polen nach Osten in seine alten Grenzen zurückverlagern, mit allen Konsequenzen, die das für ganz Europa haben würde?

JAKSCH: Das Heimatrecht ist genauso wichtig für Deutsche wie für Polen, wie für Ungarn, wie für Sowjet-Russen, entweder gibt es eine, internationale Sicherung des Heimatrechts, oder Sie arbeiten mit dem bequemen Argument der normativen Kraft des Faktischen. Damit können Sie jedes Rechtsempfinden der Völker kaputtmachen.

SPIEGEL: Aus dem Echo des Bundes der Vertriebenen auf jeden Versuch, ein neues Gespräch zu führen, hat man den Eindruck, daß starke Kräfte in ihrem Bunde jeden, der solche Fragen überhaupt anschneidet, als eine Art Landesverräter betrachten.

JAKSCH: Das ist natürlich ein großer Irrtum.

SPIEGEL: Das ist eine belegbare Tatsache.

JAKSCH: Nein, ich würde sagen, es ist ein gewollter Irrtum. Das Gespräch mit aufgeschlossenen osteuropäischen Partnern ist ja längst im Gange. Wir erleben einen Umbruch in der Stimmung der osteuropäischen Völker. Sie lösen sich langsam von dem Trauma der Besetzung, vom Denken an die Gestapo-Herrschaft, von all den schrecklichen Dinge, die geschehen sind.

SPIEGEL: Wird nicht dieser Umbruch in Polen durch die Furcht verzögert, daß wir Deutschen eine neue Vertreibung wollen?

JAKSCH: Das sind die Thesen der innenpolitischen Propaganda in Polen. Es wird ununterbrochen diese Detailfrage hochgespielt ...

SPIEGEL: Das ist doch keine Detailfrage.

JAKSCH: Das ist eine Detailfrage. Vom Standpunkt des polnischen Volkes ist es entscheidend, ob es in eine dauernde Abhängigkeit von der Sowjet-Union gerät, oder ob es Aussicht hat auf Wiederanschluß an Europa.

SPIEGEL: Aber für den einzelnen betroffenen Polen heißt doch die Existenzfrage, ob er dort leben und arbeiten kann, wo er jetzt lebt und arbeitet, oder ob er zwangsweise wieder ausge-

siedelt wird.

JAKSCH: Der Bund der Vertriebenen hat nie von einer zweiten Austreibung gesprochen.

SPIEGEL: Es gilt also nicht mehr das vor einiger Zeit bei Ihnen erörterte Kategorisierungsschema, das an Hitlers Volkslisten erinnerte: Die Kongreßpolen müssen bei Rückkehr der Deutschen hinaus, die Ostpolen sollen rücksiedeln, sobald sie können, nur die in Ostdeutschland geborenen Polen dürfen bleiben - was ist aus diesem Plan geworden?

JAKSCH: Ach Gott, es werden von allen möglichen Seiten Zukunftspläne gewälzt, aber wir sprechen ja hier über die offizielle Einstellung des Bundes der Vertriebenen.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich dann aber praktisch die Heimkehr der Deutschen nach Osten vor?

JAKSCH: Vielleicht würde mancher Pole, der heute in Schlesien sitzt, lieber in Nordfrankreich arbeiten und umgekehrt. Die entscheidende Frage ist doch, ob wir wieder in ganz Europa zu einem ungehinderten Kreislauf von Arbeitskraft und Kapital kommen können.

SPIEGEL: Sie wollen also eine Ausdehnung des jetzt in der EWG praktizierten Systems auf Osteuropa ...

JAKSCH: Gewiß.

SPIEGEL: ... wobei natürlich wie auch in der EWG die nationalstaatlichen Grenzen bestehen bleiben würden?

JAKSCH: Sicher, nur eines ist zu beachten: Es ist ein Unterschied, ob ich über Grenzfragen unter dem Aspekt einer Wiederholung nationalstaatlicher Lösungen spreche oder unter dem Aspekt der Zusammenführung von West- und Osteuropa. Es ist ein Unterschied, ob ich die Grenze zwischen Deutschland und Holland betrachte, wo jeden Sonntag 20.000 Deutsche nach Venlo fahren, oder ob ich mir die Stacheldrähte ansehe, die sogar Ostblockstaaten untereinander trennen.

SPIEGEL: Warum sollen denn nicht jeden Sonntag 20.000 Deutsche in das heute polnische Breslau zu Besuch fahren?

JAKSCH: Umgekehrt könnten ja in ein deutsches Breslau auch wieder Polen zu Besuch kommen. Warum gehen diese Überlegungen immer zuungunsten der deutschen Seite aus?

SPIEGEL: Vielleicht, weil wir den Krieg verloren haben.

JAKSCH: Wir haben doch alle nur denkbaren Zusicherungen gegeben, daß sich die traurigen Geschehnisse der Vergangenheit nicht wiederholen dürfen. Am 22. März 1964 erklärte Philipp von Bismarck auf der Tagung der ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn: "Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeit ausschließen. Das gilt in den von der Sowjet-Union und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren."

SPIEGEL: Das ist eine sehr vieldeutige These. Was sie wert ist, hängt von den Zuständen ab, die dann in diesen Gebieten herrschen würden; ob man zurückbleibenden Polen das Leben nicht derart sauer machen würde, daß sie lieber freiwillig davonlaufen.

JAKSCH: Aber bitte, das hat doch alles zwei Seiten. Auf der anderen Seite muß man sich das Schicksal der Deutschen in den heutigen Ostgebieten ansehen.

SPIEGEL: Auge um Auge, Zahn um Zahn?

JAKSCH: Nein, eben nicht. Im Gegenteil, endlich einmal Vernunft und Menschlichkeit.

SPIEGEL: Ganz in diesem Sinne: Wird die Denkschrift der evangelischen Kirche im Bund der Vertriebenen verteilt und zur Diskussion gestellt, oder wird das Thema wieder von vornherein zum Tabu erklärt?

JAKSCH: Zunächst einmal muß der volle Wortlaut dieser Denkschrift vorliegen, von der auszugsweise sehr bedenkliche Partien veröffentlicht wurden. Die Denkschrift als Ganzes wird

geprüft werden, ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Preisgabe der Rechte von Menschen, über die hier geredet wird ...

SPIEGEL: ... und offenbar ohne das von der Kirche erstrebte Umdenken ...

JAKSCH: ... die Vertriebenen werden sich auf keinen Fall außerhalb ihres eigenen Volkes stellen lassen, und zwar in der Rolle eines Spekulationsobjekts von Kräften, die wir im religiösen Bereich respektieren, aber im weltlichen Bereich nicht für ausschließlich legitimiert halten.

SPIEGEL: Das Umdenken wird also nicht kommen - werden Sie aber wenigstens über die Kirchenthesen nachdenken?

JAKSCH: Wer zu den Menschenrechten steht, so wie wir; der braucht nicht umzudenken. ...<<

## **12.11.1965**

**BRD:** Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck (1913-2006) kritisiert am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39,41): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streittaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt.

Der völkerrechtliche Teil der Denkschrift (Kapitel 4) beginnt damit, den deutschen Standpunkt dadurch verdächtig zu machen, daß er auf das falsche Gleis des "Rechts auf Heimat" geschoben wird. Dabei haben die Alliierten sowohl durch die Abmachung untereinander als auch durch ihre Erklärung vom 5.6.1945 eine Annexion ausdrücklich abgelehnt und "Deutschland in den Grenzen von 1937" bestehen lassen. Die Denkschrift aber unterläßt diesen entscheidend wichtigen Hinweis. Sie sucht dies zu verschleiern, indem sie sagt, "Polen bedürfe noch einer endgültigen Legitimierung".

Es geht aber nicht um Zessionsansprüche Deutschlands, sondern um den Status der Ostgebiete als Teil unseres Staatsgebietes, der sich völkerrechtlich - was die Denkschrift bestätigt - bisher nicht geändert hat. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

>>... Die Denkschrift aber verschweigt die Charta (der Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950) und nennt das Ausbleiben einer Radikalisierung lediglich einen "bemerkenswerten Zug der deutschen Nachkriegsgeschichte". Es ist den Verfassern der Denkschrift entgangen, daß von der "Charta der Heimatvertriebenen" bis zu den Entschlüssen des Kongresses der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. März 1964 ein Weg gegangen wurde, den nüchterne Tatsachenbeurteilung kennzeichnet.

Mit Hilfe bedeutsamer Völkerrechtslehrer waren die rechtlichen Grundlagen der Situation geklärt worden. Sie wurden zusammengefaßt in dem Satz der am 22. März 1964 gefaßten

Entschließung:

"Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt."

Der Kongreß setzte sich auch mit dem schwierigsten aller Probleme der Vertreibung, nämlich der Wiederbesiedlung der fremdverwalteten deutschen Gebiete, auseinander und bot praktische politische Lösungsmöglichkeiten an. In der Erklärung heißt es dazu:

"Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren." ...

Die Denkschrift ignoriert die weltpolitischen Zusammenhänge in verblüffender Weise. Von der entscheidenden Rolle der Sowjetunion ist überhaupt nicht die Rede. ...

Ob die Kammer die Verantwortung dafür tragen kann, daß sie den politischen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete empfiehlt, mag offen bleiben. Daß der Rat der EKD die Verantwortung hatte, einen solchen massiven Eingriff in die deutsche Außenpolitik zu verhindern, scheint eindeutig.

Mit der Herausgabe dieser Denkschrift hat man den vorhandenen Bemühungen um einen realistischen Weg zur Begründung eines allseits annehmbaren Friedens zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn keinen guten Dienst erwiesen.<<

**18.11.1965**

**Polen:** Der polnische Episkopat lädt die deutschen Bischöfe am 18. November 1965 nach Tschenstochau ein (x056/54, x064/48): >>... Jene Preußen (brachten) alles Deutsche in polnischen Landen in allgemeinen Verruf. Sie sind in der geschichtlichen Entwicklung repräsentiert durch folgende Namen: ... Friedrich der sogenannte Große, Bismarck und schließlich Hitler ... Und trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Geschichte ... versuchen wir zu vergessen. ... Wir ... gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. ...<<

>>... Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was im letzten Abschnitt unserer 1.000 Jahre geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram! Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! ...

In diesem allerchristlichen und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.

Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium (Tausendjahr-Feier) feiern. Wir laden sie herzlichst nach Polen ein.<<